Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1864

24.7.1864 (No. 173)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 24. Juli.

Nr. 173.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1864.

Amtlicher Theil.

Dienstnachricht.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter'm 15. d. M. gnädigst geruht, den Amtsrichter Karl Maurer in Emmendingen mit dem Charakter als Regierungsassessor zum Kollegialmitglied bei der Direktion der Verkehrsanstalten zu ernennen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

† **München**, 23. Juli. Man meldet telegraphisch aus Wien, Dänemark wünsche die Vermittlung Frankreichs, welches das Resultat der Friedensverhandlungen dem Urtheil Europa's unterbreiten solle.

Hamburg, 22. Juli. Man telegraphirt der Wiener „Presse": Von dem gegenwärtig in Husum weilenden preußischen Zivilkommissär für Schleswig, Frhrn. v. Zedlitz, ist ein Zivilad ministrator nach Rendsburg gesendet, jegliche politische Demonstration verboten, und sind besonders Versammlungen verpönt worden.

Hamburg, 22. Juli. (W. T.-B.) Die Kopenhagener „Flyveposten" meldet, daß Hr. Quaade heute in Begleitung eines höhern Offiziers nach Wien abreist.

Wien, 22. Juli. (Fr. P.-Ztg.) Heute Mittag trifft Hr. v. Bismarck hier ein. Nächsten Montag sind der Minister v. Quaade und Oberst Kauffmann aus Kopenhagen hier erwartet; dort sollte das gestrige Conseil definitiv die Absendung der Bevollmächtigten gutheißen.

Paris, 23. Juli. (Sch. M.) Der „Moniteur" enthält ein kaiserliches Dekret, wodurch die Verwaltung Algeriens modifizirt wird.

London, 23. Juli. (Sch. M.) Im Oberhaus brachte gestern Lord Stratford de Redcliffe die Gerüchte von der Wiederaufrichtung der heiligen Allianz zur Sprache. Dieselben seien nicht bloße Zeitungsgerüchte; die Morning-Post-Depeschen enthielten glaubliche Mittheilungen, England solle der Gefahr dieser Allianz durch Zusammenhalten seiner Kräfte und durch eigene Allianzen, zumal die französische, begegnen. Graf Russell bezweifelt die Echtheit der Postdepeschen, die Absicht der nordischen Mächte, die hl. Allianz zu erneuern, wäre wider den Zeitgeist. Das Einvernehmen Englands mit Frankreich könne dadurch nur befestigt werden; England fürchte jene Allianz nicht. — Im Unterhaus antwortete Layard auf eine Anfrage Griffith's, die Pariser Vertragsmächte haben das Arrangement des Fürsten Kusas mit der Pforte sanktionirt. — Consols 90⅝.

† **Neu-York**, 11. Juli. 20- bis 40,000 Südstaatliche bedrohen Washington und Baltimore. Sie haben die Telegraphen- und Eisenbahnverbindung zwischen Baltimore und Philadelphia unterbrochen. Es geht das Gerücht, zwei unionistische Armeekorps seien in Baltimore angekommen.

Gold 276¼, Bonds 104, Baumwolle 167—169.

Deutschland.

Frankfurt, 22. Juli. Offizielle Mittheilung über die Bundestags-Sitzung vom 21. Juli.

Berichte der obersten Zivil- und Militärbehörden des Bundes im Herzogthum Holstein kamen zur Vorlage, insbesondere wegen Besetzung von Rendsburg durch preußische Truppen, was einen sofortigen verwahrenden Beschluß zur Folge hatte. Hierauf beschloß die Bundesversammlung, nach dem in der letzten Sitzung von Oesterreich und Preußen gestellten Antrag, mit Mehrheit der Stimmen, Se. Durchl. den Erbprinzen von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg durch Vermittlung des Präsidiums zu ersuchen, eine seine Successionsansprüche begründende Nachweisung mit thunlichster Beschleunigung an die Bundesversammlung gelangen zu lassen. Nachdem von einzelnen Gesandten Erklärungen, Anzeigen und Mittheilungen erfolgt waren, auch der Wittwe eines frühern Bundesbeamten eine Unterstützung bewilligt worden war, ward die Exekutionskommission geschäftsordnungsmäßig erneuert und wurden verschiedene unvollzählig gewordene Ausschüsse durch Neuwahlen ergänzt.

* **Stuttgart**, 22. Juli. Gestern und heute wurden die Sitzungen der Zweiten Kammer durch die Berathung der Antwortsadresse auf die Thronrede ausgefüllt. Sie ist jedoch erst bis §. 11 vorgerückt; morgen sind also noch drei Paragraphen zu berathen, von denen zwei voraussichtlich hartnäckige Debatten hervorrufen werden. Indeß ist bis jetzt der Kommissionsentwurf im Ganzen unverändert angenommen worden und werden wohl auch die weiteren Paragraphen vollends wie beantragt angenommen werden. Ob aber morgen die Adresse noch überreicht werden kann und somit die Vertagung der Kammern eintreten wird, ist hiernach zweifelhaft.

Wir heben aus der Debatte Einiges von allgemeinerem Interesse aus. §. 5 betrifft Schleswig-Holstein; er lautet:

„In Schleswig-Holstein haben die Heere Oesterreichs und Preußens die Ehre der deutschen Waffen von neuem bewährt, und mit Stolz blickt die Nation auf die Thaten ihrer Söhne. Wenn aber auch diese Herzogthümer vom äußern Feinde jetzt befreit sind, so kann doch das nationale Recht erst dann als gewahrt erscheinen, wenn, unter gleichzeitiger Sicherstellung aller Interessen Gesammtdeutschlands, Schleswig-Holstein als selbständiger deutscher Bundesstaat konstituirt, die verfassungsmäßige Vertretung und Regierung des Landes hergestellt, dessen Heer neugebildet und der nach den Grundgesetzen der Herzogthümer berufene, von der Rechtsüberzeugung des schleswig-holsteinischen Volks getragene Fürst, Herzog Friedrich von Augustenburg, in die Regierung eingesetzt ist. Wir richten an Ew. Königl. Majestät die inständige Bitte, für diesen allein befriedigenden Abschluß der ganz Deutschland bewegenden Frage mit Kraft und Nachdruck einzutreten."

Oesterlen: Die Thronrede spreche davon, daß die schleswig-holsteinische Frage in nationalem Sinn und in nationalem Recht werde gelöst werden. Die Thronrede knüpfe diese Lösung an die Einigkeit zwischen den beiden Großmächten Preußen und Oesterreich. Leider dürfe man sich nicht verhehlen, daß eine feste Hoffnung auf die beiden Staaten nicht zu bauen sei; denn es stehe zu befürchten, daß die Einigung dieser Staaten, wenn sie stattgefunden habe, nicht in nationalem Interesse, sondern zu Sicherstellung ihrer Sonderinteressen stattgefunden habe. Die Regierung solle daher nicht auf diese trügerische Hoffnung bauen, sondern sich nach Bundesgenossen umsehen, welche im Sinne des nationalen Interesses zu ihr halten. Diese Bundesgenossen finde sie in den Mittel- und Kleinstaaten, deren Macht in der zukünftigen föderativen Neugestaltung Deutschlands liege. Die deutschen Bundesregierungen, so weit sie nicht Preußen und Oesterreich heißen, haben sich über ein rasches und energisches Verhalten in der Herzogthümerfrage zu verständigen. Es sei hier am Platze, daß man an den von der Kammer bereits angenommenen v. Schad'schen Antrag erinnere. Heute wie damals sei es geboten, den Regierungen ein einmüthiges, entschiedenes Zusammengehen in der schleswig-holsteinischen Frage zu empfehlen. Redner stellt schließlich den Antrag, die Bitte an den König zu richten, Höchstderselbe wolle auf ein Bündniß der befreundeten Mittel- und Kleinstaaten zu gemeinsamer selbständiger Verfolgung der nationalen Rechte und Interessen hinzuwirken bemüht sein.

Prälat v. Mehring: Nachdem man seit Jahren die schleswig-holsteinische Frage behandelt habe, nachdem man von den verschiedensten Seiten die Berechtigung des Herzogs von Augustenburg anerkannt habe, sei man jetzt daran, daß der Herzog seine Ansprüche begründen soll. Jetzt, nachdem diese Frage bis zum letzten Punkt gediehen sei, fange man wieder von vorn an. Ob dies denn so fortgehen könne? Man müsse nach dem ganzen Stand der Sache gegründete Zweifel darüber hegen, ob man es hier mit einem ernstlichen Verfahren zu thun habe. Die Hauptsache sei aber die, daß unsere Diplomaten endlich zu der Einsicht kommen müssen, daß man mit einem Volk nicht umgehen dürfe wie mit einer Waare. Warum man denn die Stimme der Herzogthümer nicht höre? Wenn man so geneigt sei, die Ansprüche des Herzogs von Oldenburg zu berücksichtigen, warum man denn dem Volk in Schleswig-Holstein kein Gehör schenken wolle? Vor Allem müsse dahin gewirkt werden, daß die Vertreter der Herzogthümer in die Lage versetzt werden, sich aussprechen zu können. Das Recht, die Ehre und Ruhe Deutschlands sei in dem gegenwärtigen Augenblick auf's höchste gefährdet; jede Regierung sollte in ihrem eigensten Interesse die Sache mit Nachdruck in die Hand nehmen und im Vertrauen auf die Stimmung des übergroßen Theils der deutschen Nation mit Energie die Angelegenheit der Herzogthümer verfolgen. Auf's schleunigste soll dahin gewirkt werden, daß die Stände in den Herzogthümern einberufen und eine volksthümliche Regierung eingesetzt werde, sowie daß man den Herzogthümern wieder ihre Stimme im Rath des Bundes einräume.

Schäffle: Er müsse sich auch heute noch wie früher gegen den Gedanken des v. Schad'schen Antrags aussprechen. Wenn er die Verhältnisse, wie sie liegen, in's Auge fasse und auf das Verfahren der beiden Großstaaten, welches einen Bruch des Bundes in sich schließe, hinblicke, so erscheine es allerdings als wünschenswerth, daß die Mittelstaaten sich zu einem Bund zusammenthun, welcher geachtet dastehen könne. Wenn er aber andererseits auf die Erfahrung hinblicke, die man mit den Mittelstaaten gemacht habe, wenn man finde, daß sie sich, obschon es sich um ihre eigensten Interessen handle, nicht zu Thaten zu erheben vermögen, so könne man einer triadischen Gruppe, welche er ideell nicht verwerfe, doch nicht das Wort reden.

Hölder bemerkt gegen den Oesterlen'schen Antrag, daß damals, als der v. Schad'sche Antrag angenommen worden sei, die Lage eine ganz andere gewesen sei, als jetzt. Damals haben die Großmächte erklärt, daß sie sich über die Mehrheit des Bundes wegsetzen; damals habe es sich, um es mit einem Wort zu sagen, um einen Landesverrath gehandelt, und man habe sich daher entschlossen, die äußersten Mittel anzuwenden, um die Rechte der Nation zu wahren. Jetzt sei diese äußerste Lage nicht mehr vorhanden, indem sich die Sachlage wesentlich geändert habe.

Fetzer: Er könne die Lage der schleswig-holsteinischen Sache keineswegs in dem rosigen Licht betrachten, in welchem sie der Minister des Aeußern darzustellen gesucht habe, und sei der Meinung, daß, wenn die Nachricht sich bestätige, die beiden kriegführenden Mächte wollten sich die Herzogthümer vom König von Dänemark abtreten lassen, um sie demjenigen Prätendenten zu übergeben, den sie für berechtigt halten, dies eine vollständige Verkennung des Rechts der Herzogthümer und der ganzen Nation wäre. So günstig sich bis jetzt die Sache für das nationale Recht gestaltet habe, so haben doch die Diplomaten unserer Kleinstaaten nicht die mindesten Verdienste daran. Der Deutsche Bund sei nicht einmal in der Lage gewesen, seinem Vertreter eine Instruktion zu geben. Die bundesfreundlichen Regierungen hätten sich verständigen und frischweg unter Zustimmung des Volks die Anerkennung des Herzogs Friedrich aussprechen sollen. Das Letztere könnte jetzt noch geschehen; nur in einem nationalen Vorgehen liege die eigene Sicherheit unserer Regierung.

Römer gegen den Antrag von Oesterlen, indem der v. Schad'sche Gedanke seiner Zeit außerhalb Württembergs keinerlei Zustimmung gefunden habe. Was die Ansprüche der Prätendenten betrifft, so habe er, sagt der Redner, die vollste rechtliche Ueberzeugung, und habe dieselbe auch im Tübinger Juristenkollegium ausgesprochen, daß die Ansprüche des Herzogs von Augustenburg denen des Großherzogs von Oldenburg vorangehen.

Probst: Er möchte fürchten, daß die voraussichtliche Ablehnung des Oesterlen'schen Antrags zu einer falschen Auslegung führen könnte; denn er habe die Ueberzeugung, daß mit dem Grundgedanken dieses Antrags viele Mitglieder in diesem Hause einverstanden seien, obgleich sie denselben nicht in die Adresse auf die Thronrede aufgenommen wünschen. Die Nothwendigkeit des engern Zusammenschlusses der deutschen Mittel- und Kleinstaaten liege heut zu Tage ebenso noch vor, wie zur Zeit der Annahme des von Schad'schen Antrags; dies müsse er aussprechen, obgleich er zugebe, daß man diesen Gedanken nicht nothwendig in die Adresse aufzunehmen habe.

v. Schad ist für den Entwurf der Kommission, und unter den vorliegenden Verhältnissen gegen den Antrag Oesterlen's; denn daß die Mittelstaaten auch jetzt zusammenhalten müssen, das verstehe sich im Grunde von selbst.

Bei der Abstimmung wird der Antraz Oesterlen's mit 78 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Der Entwurf der Adresse in §. 5 wird unverändert angenommen.

Auch bei §. 6 (Bundesreform betr.) stellte Oesterlen einen Zusatzantrag, welcher die Empfehlung der Triasgruppe zum Zweck hatte, mußte diesen Antrag aber selbst zurückziehen, indem er den lauten Widerspruch dagegen erkannte. Seeger bezeichnete diesen Vorschlag als den unglücklichsten Weg, zur Einheit zu gelangen, als Ausfluß eines noch nicht überwundenen Partikularismus und eines Doktrinarismus. Somit wurde die Adresse nach ihrer ersten Hälfte heute fast einstimmig angenommen. Morgen kommt die Berathung an die Sätze über die innere Politik, wo die verschiedenen Ansichten eher und lauter sich geltend machen werden.

⊙ **Stuttgart**, 22. Juli. Ihre Maj. die Königin Olga wird nächsten Dienstag sich nach Ostende zum Gebrauch der Seebäder begeben. Se. Maj. der König Karl wird erst in etwa 8 Tagen nachfolgen, da er noch durch dringende Staatsgeschäfte zurückgehalten ist. — Für unser Militär sind plötzlich alle Lieferungen zur Uniformirung sistirt worden, da hierin große Veränderungen eintreten sollen. So sollen die Offiziere ihre Epauletten verlieren und die Gradauszeichnungen nach österreichischer Art am Kragen angebracht werden. Auch die Tuchfarbe der Uniform soll eine Aenderung erleiden. Ebenso werden die Aufschläge bei jedem Regiment eine andere Farbe erhalten. Das Feldjägerkorps soll ansehnlich vermehrt werden, dagegen die Leibgarde zu Pferd ganz eingehen.

München, 19. Juli. Man schreibt dem „Botschafter": Heute versammelt sich der bayrische Episkopat in Bamberg. Ueber diese Zusammenkunft war vielleicht Anfangs Niemand in größere Beunruhigung versetzt, als der päpstliche Nuntius Msgr. Gonella und sein Sekretär. Es konnten am Ende doch Schritte unternommen werden in Betreff der vorjährigen katholischen Gelehrtenversammlung in München oder in Betreff der Kongregation des Index und ihrer Dekrete. Es erfolgte deßhalb die Rundreise des Nuntius an sämmtliche Bischofssitze. Das Ergebniß dieser Reise soll aber in den erwähnten Richtungen vollkommen beruhigend, dagegen für die anderweitigen Ziele sehr ermuthigend gewesen sein. Es handelt sich bei der Bamberger Zusammenkunft ohne Zweifel um die bekannten „Widersprüche" zwischen dem konstitutionellen Edikt, „betreffend die äußern Rechtsverhältnisse der Einwohner des Königreichs Bayern in Beziehung auf Religion und kirchliche Gesellschaften" und dem bayrischen Konkordat. Die „Denkschrift der im Oktober 1850 zu Freising versammelten Erzbischöfe und Bischöfe Bayerns" hat unter König Max II. durch die Entschließung vom 8. April 1852 eine Erwiederung gefunden, welche das freundschaftlichste Verhältniß zwischen Kirche und Staat in den streitigen Punkten anzubahnen in der Lage war. Die Staatsregierung hat dadurch nicht unbedeutende Zugeständnisse gemacht, soweit es ihr eben ohne Alterirung der Fundamentalgesetze unserer Verfassung möglich war. König Max II. hatte übrigens mit jenem Reskript vom 8. April 1852 eine scharfe unüberschreitbare Grenzlinie gezogen. Man hätte nun erwarten sollen, daß der bayrische Episkopat, nachdem er so bedeutende Zugeständnisse erlangt, nun seinerseits im Interesse des religiösen Friedens im Land eine Modifizirung der mit der bayrischen Verfassung im Widerspruch stehenden Bestimmungen des bayrischen Konkordats beim päpstlichen Stuhl befürworten würde. Diese Erwartung scheint sich aber nicht zu erfüllen. Es dürfte vielmehr bald genug an das Tageslicht kommen, was des Pudels Kern bei der Bamberger Bischofsversammlung gewesen. Vorläufig genügt es, die auffällige Eile zu konstatiren, mit der die geistlichen Obern das zu Freising begonnene Werk wieder aufnehmen, bevor noch die Landestrauer um den Monarchen ganz zu Ende ist, der vom Anfang seiner Regierung an im Interesse des konfessionellen Friedens geistlichen Uebergriffen ein nachdrucksames „Quos ego!" entgegenrief.

Dresden, 22. Juli. Ein Extrablatt des „Dresden.

Journ." bringt in einem Frankfurter Telegramm Näheres über die gestrige Bundestags-Sitzung. Darnach wurde der österreichisch-preußische Antrag wegen der bekannten, an den Erbprinzen von Augustenburg zu richtenden Aufforderung mit 11 Stimmen gegen 5 angenommen. Dagegen stimmten Königreich Sachsen, Bayern, Württemberg, Hessen-Darmstadt und die 13. Kurie. Die herzogl. sächsischen Häuser stimmten dafür unter Anerkennung der Augustenburgischen Rechte. Weiter kam in der Sitzung zur Vorlage eine Anzeige des Bundesgenerals v. Hake über die ihm angemeldete Besetzung Rendsburgs durch Preußen. Hr. v. Hake theilt mit, er habe den Entschluß gefaßt, der Uebermacht zu weichen und die Bundesgarnison zurückzuziehen, um blutige Konflikte zu vermeiden. Die Bundesversammlung beschloß, das Verhalten des Generals telegraphisch zu billigen und ihn anzuweisen, im Fall der Besetzung förmlichen Protest einzulegen.

Hannover, 21. Juli. (Fr. J.) Die Vertagung der Kammern ist heute „bis auf Weiteres" erfolgt. Mittelst einlaufenden königl. Erwiederungsschreibens ward das von den Ständen beschlossene Budget genehmigt, dabei auch erwähnt, daß den Ständen bei dem nächsten Budget eine Vorlage wegen anderweitiger Regelung der Ausgaben des Militärhaushalts gemacht werden solle, und ausdrücklich betont, daß verschiedene Anträge und Beschlüsse der Kammern zum Budget (darunter gewiß auch der Beschluß in der Domänenfrage) den allerh. Absichten nicht entsprachen und daß der König sich vorbehalte, auf diese Beschlüsse demnächst zurückzukommen und den Ständen seine Entschließungen kund zu geben. — In Betreff der Hamburg-Pariser Bahn äußerte der Minister v. Hammerstein, daß zwar die Linie sehr wichtig sei, daß er aber Bedenken trage, einer Gesellschaft dazu die Konzession zu ertheilen, sondern es für richtiger halte, wenn der Staat die Bahn baue. — Demnächst soll hier das Landeskonsistorium eingerichtet werden. Vorsitzender desselben wird der frühere Kultusminister, jetzige Landdrost Braun in Stade. Als Nachfolger desselben bezeichnet man den Bundeskommissär für Holstein, Geh. Regierungsrath Nieper in Altona.

Oldenburg, 19. Juli. (Rhein. Ztg.) Die am Sonntag den 17. d. M. hier stattgefundene Landesversammlung der Schleswig-Holstein-Ausschüsse hat nachstehende Resolution angenommen:

Der oldenburgische Landesausschuß für Schleswig-Holstein hält sich der gegenwärtigen Lage der Herzogthümer gegenüber zu folgender Erklärung verpflichtet: Der Ausschuß, wiewohl überzeugt, daß die Schritte, welche jetzt zur Geltendmachung von Erbansprüchen des Großherzogs gethan werden, von der festen Ueberzeugung seines Rechts ausgehen, und daß dabei eine Beeinträchtigung des deutschen Nationalinteresses völlig fern liegt, kann es doch nur tief beklagen, daß durch das Auftauchen dieser neuen Ansprüche die heißersehnte endgiltige Konstituirung in unbestimmte Ferne gerückt, daß dadurch von neuem die glücklich angebahnte Uebereinstimmung der deutschen Großmächte und des Deutschen Bundes gefährdet wird. Durch diese Lage der Dinge muß jeder Freund des Vaterlandes sich aufgefordert fühlen, nur um so fester daran festzuhalten, daß eine endgiltige Verfügung über die Erbfolge in den Herzogthümern nicht ohne die Zustimmung des betheiligten Volks und in dessen Vertretung der schleswig-holsteinischen Stände erfolgen kann.

Zugleich wurde eine Adresse an den Großherzog von Oldenburg beschlossen, in welcher es heißt:

Die verhängnißvolle Verknüpfung, worin gegenwärtig die Geschicke Oldenburgs mit denen Schleswig-Holsteins gesetzt sind, möge das Ungewöhnliche des Schritts rechtfertigen, daß oldenburgische Unterthanen, die Ausschüsse des hiesigen Schleswig-Holstein-Vereins, ihrem Landesherrn bloß zu dem Zweck zu nahen wagen, um treu und wahr auszusprechen, wovon sie durchdrungen sind.... Sie sind es von dem Wunsch, es möchte für Ew. Königl. Hoheit in der Möglichkeit liegen, die Lösung des Konflikts dadurch zu beschleunigen, daß nach geschehener beiderseitiger Begründung der Ansprüche das Gewicht, das durch Annahme der kaiserl. russischen Cession der deutsche Großherzog erlangt hat, beim Bundestag für ein Wort in die Wagschale gelegt wird, welches vom Herzog Friedrich den Verhältnissen nach nur wirkungslos hat gesprochen werden können: „Schleswig-Holstein selbst wähle in diesem außerordentlichen Fall wieder, wie vor Jahrhunderten, seinen Herrscher!"

Eine Deputation, bestehend aus dem Geh. Kirchenrath Dr. Nielsen, Abschätzungsdirektor v. Thünen und Obergerichtsanwalt Dr. Hoyer, überreichte die Adresse dem Großherzog, der dieselbe gnädigst entgegennahm und etwa Folgendes zu erwiedern geruhte: „Er danke für den Ausdruck der Anhänglichkeit und des Vertrauens, welches ihm ausgesprochen sei; was er auch von seinen Unterthanen nicht anders erwartet hätte. Er bedaure den Konflikt gleichfalls. Derselbe sei aber durch Rechtsanschauungen entstanden, die der Großherzog nicht hervorgerufen habe. Uebrigens hege er die Ueberzeugung, daß die schleswig-holsteinische Angelegenheit, welche jetzt eine deutsche innere Sache sei und bei der Se. Königl. Hoheit auch Ihr Haus zu vertreten hätten, ihren befriedigenden Ausgang nehmen werde." — Gelegentlich mag beigefügt werden, daß von den hier weilenden HH. Professor Pernice aus Göttingen und Staatsrath Schulze aus Kiel Letzterer, wie es heißt, in die Dienste des Großherzogs treten wird.

Altona, 20. Juli. (A. Z.) Der vorgestern in Rendsburg versammelt gewesene Gesammtausschuß der schleswig-holsteinischen Vereine hat auf Antrag des Altonaer Vereins, welchem 20 andere beigetreten waren, die Einberufung einer Deputirtenversammlung nach Rendsburg zum 25. d. beschlossen, „um die in der augenblicklichen Lage der politischen Verhältnisse vorzunehmenden Schritte zu beschließen". Es handelt sich um die sofortige Anerkennung des Herzogs Friedrich. Gegen ein Interim, wo eine preußisch-österreichische Kommission das Land regiert, haben sich, dem Vernehmen nach, auch die schleswig'schen Mitglieder ausgesprochen. Man erwartet, daß die Delegirtenversammlung sich nicht mit Beschlüssen genügen lasse, sondern, dem Kieler Antrag gemäß, eine Petition der gesammten Bevölkerung um sofortige Anerkennung des Augustenburgers in Angriff nehmen werde.

Kiel, 20. Juli. Der Herzog Friedrich bewohnt seit einigen Tagen eine Villa in Düsternbrook. Heute, am Geburtstag der Herzogin Adelheid, welche sich zur Zeit in Gotha befindet, hat die Stadt ihren Flaggenschmuck angelegt.

Rendsburg, 19. Juli. Das „Rendsb. Wochenbl." schreibt: Nachdem am Sonntag auf dem Schützenhof beim Tanze zwischen dem preußischen Militär einerseits und Hannoveranern und Sachsen andererseits Reibereien stattgefunden, die zu Thätlichkeiten ausarteten, ist es gestern auf dem Paradeplatz im Jungfernstieg und vor den Baracken, wo sich preußische Lazarethe befinden, zwischen Hannoveranern und Preußen zu umfangreichen Schlägereien gekommen, in Folge deren die preußischen Truppen durch Generalmarsch zusammenberufen wurden und starke Wachen und Patrouillen die Stadt durchzogen. Auch von dem nahegelegenen Osterönfeld waren die dort kantonnirenden Preußen herangezogen. Es sind nicht unerhebliche Verwundungen durch Bayonnet und Säbel mehrfältig vorgekommen.

Rendsburg, 21. Juli. Ueber die Soldatenraufereien schreibt man der „Hamb.-Börs.-Hlle." folgendes Nähere: „Am Sonntag Abend fand in einem Tanzlokale in der Nähe Rendsburgs eine Schlägerei zwischen Preußen und Hannoveranern statt, indem 20 Preußen von 200 Hannoveranern überfallen wurden. Eine herbeigerufene Preußenpatrouille wurde entwaffnet, ihre Gewehre von den Hannoveranern zerschlagen. Die Preußen schlugen tüchtig darauf los, besonders mit ihrer Säbeln, die Hannoveraner fielen über die Preußen mit großen Knüppeln her. Beiderseits haben Verwundungen stattgefunden. Einem preußischen Unteroffizier, welcher im Tanzsaale die Ordnung aufrecht erhalten sollte, wurde ein Arm zerschmettert. Aus der Nähe Nachts herbeigerufene Preußen bivouakirten zum Schutze des Lazareths bei demselben. Montag Abend wiederholte sich der Krawall in Rendsburg selbst, namentlich in der Nähe der preußischen Lazarethe. Daselbst haben mehrere Verhaftungen und Verwundungen stattgefunden, meistentheils weil die Hannoveraner die preußischen Posten verhöhnten und nicht respektiren wollten. Am Dienstag und Mittwoch Abend herrschte die größte Ruhe, da das Militär Abends nicht auf den Straßen sein durfte."

Flensburg, 19. Juli. (Deutsche Allg. Ztg.) In Kolding hat man gestern den Bauern sämmtliche Pferde konfiszirt; man hat das ganze Kolding mit Mannschaften abgesperrt und die rothen preußischen Husaren haben die Pferde theils auf den Weiden eingefangen, theils aus den Ställen entführt. Diese Maßregel geschah auf die Weigerung der Koldinger, die Pferde freiwillig zu liefern. Ob man noch diesen Tag vor der Waffenruhe benützen wird, ist ungewiß. Gestern sprach man viel von einem Uebergang nach Fühnen. Eine andauernde heftige Kanonade ist in der Ostsee von einigen Schiffern gestern gehört worden.

Sonderburg, 18. Juli. (Alton. Mrk.) Es wird hier allmälig mit den Trümmern aufgeräumt und der Schutt weggefahren. Nur fehlt es an Arbeitskraft. Die Taxationen der zerstörten Häuser sind beendigt, der Brandschaden ist auf ungefähr 370,000 Mark veranschlagt; doch reicht die Summe lange nicht aus, weil die Eigenthümer nach alter, hier wie in andern Städten herrschender Sitte ihre Häuser nicht zum vollen Werth versichert haben, und höchstens also zwei Dritttheile des wahren Werths zurückerhalten. Darnach würden noch wenigstens reichlich 100,000 Mark zugeschossen werden müssen, um es den armen Menschen zu ermöglichen, wieder ihre Hütten bauen zu können. Nach genauer Angabe sind 257 Gebäude, darunter 140 Wohnhäuser, gänzlich niedergebrannt. Ganz ohne Beschädigung sind nur 64 Häuser geblieben. Noch einen bedeutenden Schaden haben die Sonderburger durch die Zerstörung ihrer Brücke erlitten, die erst von ihnen im Jahr 1857 mit einem Kostenaufwand von 140,000 Mark gebaut worden, und in dem Verlust ihrer beweglichen Habe, die Vielen verbrannt, Vielen auf der Flucht ruinirt, und Vielen von den dänischen Soldaten zerstört ist. Der ganze Schaden, den Sonderburg erlitten, kann also füglich auf 700,000 Mk. angeschlagen werden. Die Pioniere sind jetzt beschäftigt, die von den Dänen angebohrten und versenkten Pontons zu heben, und werden diese dann, wenn möglich, von Schiffbauern reparirt. Wenn dies geschehen, wird die Brücke wieder hergestellt werden und die jetzige Schiffbrücke eingehen, die das Land freilich auch täglich eine bedeutende Summe kostet. Die kleinsten Schiffe bekommen mit Aufseher täglich 7 Mk. 8 Sh., die größeren 9 und 10 bis 15 Mk., das größte 17 Mk. 8 Sh. — Es fängt hier übrigens unter den Bürgern an zu tagen. Man will einen Verein gründen in der Art der schleswig-holsteinischen Vereine, in dem die Bürger sich über vorzunehmende Verbesserungen in lokalen Angelegenheiten berathen wollen, um die Beschlüsse dann den Behörden zur Berücksichtigung zu empfehlen. Sie gehen ebenfalls damit um, auf eine Neuwahl der Senatoren und Deputirten anzutragen; da die jetzigen meistens dänisch sind. Auch Prediger und theilweise Lehrer sollen fort. Ferner werden sie darauf antragen, daß wenigstens einmal am Sonntag deutsch gepredigt werde.

Berlin, 21. Juli. Im „Staatsanz." veröffentlicht das Ministerium des Aeußern folgende Konvention:

Verhandelt Christiansfeld, den 18. Juli 1864, 3 Uhr früh. §. 1. Alle Feindseligkeiten zwischen der alliirten k. preußischen und k. k. österreichischen Armee und Flotte einerseits und der k. dänischen Armee und Flotte andererseits hören zu Land und zu Wasser mit Inbegriff der Blokaden auf am 20. d. M., Mittags 12 Uhr. Sollte die betreffende Ordre bis zu dem genannten Zeitpunkt an entferntere Abtheilungen der Armee oder Flotten, resp. an einzelne Schiffe nicht gelangen können, so verpflichten sich beide Theile, alle nach 12 Uhr Mittags des 20. d. M. gemachten Gebietsbesetzungen, resp. Wegnahmen, wieder rückgängig zu machen. — §. 2. Die Waffenruhe läuft ohne vorherige Aufkündigung ab am 31. d. M., 12 Uhr Abends. — §. 3. Beide Armeen und Flotten verbleiben im Besitz der militärischen Positionen, welche sie am 20. d., Mittags 12 Uhr, inne haben. Die Demarkationslinie während der Waffenruhe läuft auf Kanonenschußweite von den okkupirenden Küsten und Inseln entlang; wo Meeresarme von geringerer Breite beide Armeen trennen, bleiben diese Gewässer für Kriegsfahrzeuge, zum Kriegszweck bestimmte Fahrzeuge und für Fahrzeuge mit Truppen verschlossen. Jeder Verkehr zwischen den beiderseits besetzten Gebietstheilen bleibt unterbrochen. Zur Bekräftigung dieser Uebereinkunft ist dieselbe von beiden Bevollmächtigten unterschrieben und untersiegelt worden. gez. v. Stiehle. gez. Kauffmann.

Die „N. Allg. Ztg." druckt die Nachricht der „Provinzialkoresp." ab, daß der König nach Beendigung seiner Kur in Gastein nun doch einen Besuch in Wien machen werde, und fügt hinzu:

Eine besondere politische Bedeutung ist einem solchen Besuche wohl nicht weiter beizulegen. Nach den freundschaftlichen Beziehungen, welche zwar stets zwischen den Höfen von Berlin und Wien geherrscht, die aber durch die gemeinsame Politik in der dänischen Frage natürlich noch intimer werden mußten, und nach dem Besuch, den der Kaiser dem hohen Kurgaste in Karlsbad mit solcher liebenswürdigen Courtoisie abgestattet, ist es sehr begreiflich, daß auch der Souverän Preußens gern die Gelegenheit benützt, dem Kaiser in der Wiener Hofburg die Bruderhand zu drücken.

Die „Militär. Blätter" schreiben: Die Auflösung des Oberkommando's über das 1., 2., 5. und 6. Armeekorps möchte zum Herbst definitiv bevorstehen und damit zugleich die Besetzung der polnischen Grenze gänzlich aufhören oder doch auf ein Minimum reduzirt werden.

Berlin, 22. Juli. Die „Nordd. Allg. Ztg." bringt folgendes offiziöse Telegramm: „Hauptquartier Apenrade, 21. Juli, Nachmittags. In Folge der gegen preußische Soldaten, Wachtposten und Lazarethe verübten groben Insulten hat General v. Göben heute gegen Mittag Rendsburg mit einer kombinirten preußischen Brigade besetzt und einen preußischen Kommandanten daselbst bestellt. Die bisherige Bundesgarnison ist unter Protest südwärts abmarschirt."

Der englische Botschafter am hiesigen Hofe, Sir A. Buchanan, hat sich, der „N. Pr. Ztg." zufolge, nach Gastein begeben. — Nach der „Ostd. Post" soll der Bevollmächtigte Oesterreichs auf der Münchener Zollkonferenz, der Generalkonsul v. Grüner (in Leipzig), bestimmt sein, Oesterreich auch in Berlin bei den betreffenden Verhandlungen zu vertreten. — Der „Staatsanzeiger" veröffentlicht die Uebereinkunft vom 14. März zwischen Preußen und den Niederlanden, betreffend die Herstellung einer Eisenbahn von Venlo nach Viersen und nach Kempen, sowie die unter demselben Datum abgeschlossene Uebereinkunft wegen der Herstellung einer Eisenbahn von Cleve nach Nymwegen.

Wien, 21. Juli. Die „Wien. Abendpost" bringt telegraphische Mittheilungen über die Gefangennahme des Kapitäns Hammer. Contreadmiral Wüllerstorf meldet:

Der k. k. österreichische Kommandant des Kanonenboots „Seehund" meldet aus Tondern, 19. Juli:

Gestern Morgens, gleich nachdem man in Föhr vor Anker gegangen war, wurde das Feuer gegen dänische Kanonenjollen eröffnet. Eine dänische Jolle explodirte. Drei Zollkutter genommen, 5 Gefangene, Kapitänleutnant Hammer zog sich in die Watten gegen Sylt zurück, findet im nördlichen Fahrwasser das preußische Kanonenboot „Basilisk"; — k. k. Dampfer „Elisabeth" verließ gestern früh Föhr, um die Vortruppen zu bewachen, konnte des schlechten Wetters halber die Barre nicht passiren.

F.-M.-L. v. Gablenz berichtet aus Tondern, 20. Juli, auf Grund einer ihm amtlich gemachten Mittheilung von Oberstleutnant Schidlach des k. k. 9. Jägerbataillons aus Wyk, 20. Juli:

Kapitän Hammer hat nach gestriger Aufforderung zur Uebergabe Kriegsrath gehalten und Abends die Flagge gestrichen. Er mit einem Offizier, vier Matrosen und Dampfboot „August" hat sich dem nächstliegenden Schiffe der vereinigten österreichisch-preußischen Flottenabtheilung, d. h. dem (preußischen) Kanonenboote „Blitz", in der Fahrtrapp-Tiefe ergeben. Der Nächstkommandirende mit 6 Offizieren, 185 Matrosen, Dampfer „Lymfjord", zwei Küstenfahrzeugen dem k. k. österreichischen Kanonenboote „Seehund" bei Wyk gefangen gegeben. An der Nordküste von Föhr liegen sieben Kanonenjollen versenkt, Geschütze vernagelt, Waffen und Munition zerstört; ferner zehn Zollkutter und fünf Transportschiffe mit ungefähr 55 Mann. Alles wird mit Eintritt ruhigen Wetters geborgen werden. Die Gefangenen mittelst „Lymfjord" unter Bedeckung über Husum-Rendsburg geschickt.

Frankreich.

* **Paris,** 22. Juli. Die offiziöse Presse macht sich heute in einer ganzen Reihe von Artikeln mit den deutschen Großmächten zu schaffen. So sagt z. B. der „Constitutionnel" bezüglich der Wiener Friedensverhandlungen:

Man kann unmöglich das Ergebniß der auf so viele delikate Punkte bezüglichen Verhandlungen voraussehen. Allein Das darf man vorhersagen, daß ein dauerhafter Friede nur dann zu Stande kommen wird, wenn die Großmächte die Eroberungspolitik und den Mißbrauch der Gewalt von sich weisen werden, um nur den rechtmäßigen Wünschen der Bevölkerungen und den allgemeinen Interessen Europa's Rechnung zu tragen.

In einem Artikel des „Pays" heißt es:

Deutschland will sich nicht in den Konventionen des Vertrags von 1852 einschließen, den es nicht anerkannte oder nicht mehr anerkennt. Es sei! Es will sich nicht an die 1815 von dem gegen Frankreich koalisirten Europa beliebte Grenzfeststellung halten? Es sei! Aber mit welchem Recht ersetzt es eigenmächtig diese Grenzen durch neue Grenzen, welche der Wunsch der Völker und das Recht der Nationalitäten nicht legitimirte?... Die beiden Großmächte sollten nicht vergessen, daß es eine Strafe gibt, die man Strafe der Wiedervergeltung (peine du talion) nennt. Wenn der Deutsche Bund sich heute in ungerechter Weise, mit Hintansetzung der Verträge, vergrößert, so setzt er sich um so verdienterer Vergeltung aus, als er zuerst das Beispiel des Eroberungsgeistes gab. Von dem Augenblick an, wo Deutschland ihm heute zum eigenen Vortheil huldigt, warum sollte dann nicht ein Tag kommen, wo Andere ihm zu seinem Nachtheil nachgeben?

Die „France" sucht gleichfalls nachzuweisen, daß das europäische Gleichgewicht nicht mehr auf jenen festen dau-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

ernden Grundlagen beruht, welche Frieden, Vertrauen und Wohlfahrt bringen. Wo liegt die Ursache?

Ueberall — läßt die „France" sich vernehmen — ersetzt Gewalt das Recht. Man sieht im Schatten sich Allianzen, Kombinationen bilden, deren offenbarer Zweck ist, gegen die Prinzipien unserer Epoche und gegen deren Vertreter zu reagiren. . . Aber man darf es sich nicht verhehlen, was diese Allianzen möglich machte, das ist die Uneinigkeit der Westmächte. . . England wollte dies nicht einsehen; es entfernte sich von der französischen Politik, es behinderte sie sogar; und als die Nordmächte dies sahen, hielten sie den Augenblick für geeignet, jene alten Allianzen wieder anzuknüpfen, die man für immer gebrochen glaubte. . . . . Frankreich, ruhig, ruhmvoll, geachtet von der ganzen Welt, hat, für seine Größe und seine Wohlfahrt, nicht nöthig, seine gegenwärtigen zu überschreiten, wenn nicht durch unkluge Drohungen ein Nationalgefühl verletzt wird, welches schlummert, aber nicht erstickt ist.

Den „Temps" zufolge wird Prinz Humbert, der älteste Sohn Victor Emanuel's, sich demnächst nach Paris begeben. Es scheint, daß die Reise des Prinzen mit den Ereignissen zusammenhängen würde, die sich in Europa vorbereiten und um deren willen man Garibaldi vermochte, seine Pläne vorerst noch zu verschieben. — Die englischen Consols kamen mit 1/4 Baisse; diese Reaktion, trotzdem eine Diskontoerhöhung nicht eintrat, sowie der Pays-Artikel stimmten das Publikum schlecht. Rente fiel auf 66.10, um zu 66.15 zu schließen. Cred. Mob. fiel bis auf 975 und bleibt 982.50. Der span. Mob.-Cred. schließt 593.

Dänemark.

Kopenhagen, 20. Juli. (Köln. Ztg.) Adreßdebatte vom 18. d. Nach Hrn. Monrad sprach Birkedal ebenfalls für die Adresse. Dann hielt Bille einen langen, interessanten und gewandten Vortrag, in welchem er besonders das Benehmen der sog. guten Freunde Dänemarks beleuchtete, und namentlich Englands und Schwedens Handlungsweise einer bittern und scharfen Kritik unterzog. England, sagte er, das uns stets den Weg der Ehre vorgezeigt, eben dasselbe England habe alle Gesetze der Ehre unter die Füße getreten und wage es sogar jetzt, uns noch obendrein zu höhnen; Schweden aber habe uns nur auf's Glatteis geführt. Er wies auf historische Thatsachen der englischen und schwedischen Politik seit der letzten Regierungszeit Friedrich's VII. bis zum Wiederbeginn des Krieges hin und mahnte an die nie ausbleibende Vergeltung, die England Ströme Bluts und Millionen von Pfunden kosten werde, wenn es seinen so leicht verscherzten Einfluß vielleicht wieder zu erringen versuchen wolle. Dann beleuchtete er Rußlands Weise, „den Frieden zuwege zu bringen", eben Rußlands, das ja den Londoner Vertrag erst zuwege gebracht und dann so leicht verlassen habe. Speziell griff er dann Russell an, maß diesem die Schuld der gegenwärtigen Lage Dänemarks bei, indem er dasselbe nur in Illusionen und wieder in Illusionen gebracht, dann ihm verderbliche Rathschläge gegeben, und endlich, eben nicht ehrenwerth, dasselbe verspottet habe. Der Redner, so scharf und bitter seine Angriffe und Klagen auch waren, hielt sich indeß im Ganzen als gewandter Mann innerhalb seiner Grenzen, und gewann beim Schluß seiner Rede, die oft mit einem „Hört, hört!" unterbrochen worden, lauten Beifall. Monrad erklärte, daß der Grund, weßhalb er Anfangs nicht auf den Konferenzvorschlag habe eingehen können, und warum er den Ort als ungelegen bezeichnet, der sei, daß die damaligen Minister für Schleswig und für die Justiz hätten abtreten wollen, und daß derzeit gerade der Reichsrath noch versammelt gewesen wäre. Da noch 14 Mitglieder zum Wort verzeichnet waren, schloß, wie bereits berichtet, der Präsident 5 1/2 Uhr die Sitzung.

Kopenhagen, 20. Juli. (Nat.-Ztg.) Gestern Abend wurde eine geheime Staatsraths-Sitzung abgehalten, in welcher nähere Bestimmungen über die in Wien zu machenden Vorschläge getroffen worden sind.

Nachdem die drohendste Gefahr augenblicklich etwas in die Ferne gerückt ist und nachdem man sich von dem panischen Schrecken, welchen die Einnahme von Alsen allgemein hervorrief, wieder etwas erholt hat, schwillt auch schon den streitbaren Eiderdänen auf's neue der Kamm, und von neuem hört man das Kriegsgeschrei in der Presse und von der Rednertribüne im Reichsrath ertönen. Dänemark sei noch widerstandsfähig, die Flotte sei noch nicht besiegt; ein günstiger Umschlag in den politischen Verhältnissen könne noch plötzlich eintreten; man sei daher noch nicht gezwungen, den Frieden um jeden Preis zu erkaufen — so raisonniren jetzt jene Herren, indem sie zugleich in Aussicht stellen, daß das Orakel an der Seine noch möglicher Weise in der letzten Stunde ein gewichtiges Wort zu Gunsten des treuen Bundesgenossen seines Oheims aussprechen werde. Diese renommirenden Reden sind schwerlich etwas Anderes, als der vergebliche Versuch, durch den Schein des Kampfesmuths Deutschland zu schrecken und den verbündeten Mächten günstigere Bedingungen abzuzwacken. Das Volk ist verzagt und entmuthigt, und wird sich nicht durch kühne Worte wieder begeistern lassen. Es ist daher dem unbetheiligten Beobachter fast unbegreiflich, wie verständige Männer über die Annahme oder Ablehnung der Adresse an den König, welche bei der jetzigen bedenklichen Lage des Landes doch immerhin nur von untergeordneter Bedeutung sein kann, so heftig an einander gerathen und unermüdlich dieselben Gründe für und wider 20 bis 30 mal wiederholen können. Nachdem gestern im Volksthing wiederum 8 Reden gehalten waren, mußte die Verhandlung ausgesetzt werden, da noch weitere 15 Redner das Wort verlangt hatten. Aus der gestrigen Debatte Folgendes:

Fischer wollte sich kurz fassen; es sei unter den jetzigen Verhältnissen kein Verdienst, auf die Schwierigkeiten aufmerksam zu machen, denen eine jede Lösung unterworfen sei; er danke daher Monrad für den gehaltenen Vortrag, meine jedoch, daß gerade die von ihm angeführten Argumente gegen die Annahme der Adresse sprächen. — Viborg hielt es mit Rücksicht auf die Vergangenheit des Ministeriums durchaus für geboten, eine Adresse einzureichen. Er sei gegen jeden Eintritt in den Deutschen Bund. Es gelte jetzt, eine solche Stellung einzunehmen, daß man freie Hand behalte, bei günstiger Gelegenheit das Verlorene wieder zu gewinnen. — Winther gegen die Adresse, da Schleswig nur durch einige Abgeordnete vertreten und es doch eine schleswig'sche Sache sei, über die man sich aussprechen wolle. Ueberhaupt hätte die politische Debatte bis zur Ueberreichung des Berichts des politischen Ausschusses verschoben werden müssen. Wolle man die Thronrede beantworten, so dürfe man auch nicht die spätere königliche Mittheilung bei Ernennung des neuen Ministeriums mit Stillschweigen übergehen. Den Angriff Birkedal's gegen den Conseilspräsidenten beantwortete er mit einem heftigen Ausfall gegen die Eiderpolitik und vertheidigte das englische Ministerium gegen Bille. — Monrad bemerkte, daß er nicht freiwillig seine Entlassung eingereicht habe. — Rée glaubt nicht, daß die Adresse irgendwie von schädlicher Wirkung sein könne, und indem er auf die Ereignisse von 1814 und 1851 und darauf, daß die Flotte noch nicht besiegt sei, verweist, verwirft er die Annahme eines Friedens um jeden Preis. — Jörgensen (Schleswiger) betrachtet die Adresse als einen Akt der Anerkennung des Geschehenen, welchem er nicht unbedingt beistimmen könne. Die November-Verfassung sei übereilt angenommen worden; jedenfalls habe das Auftreten der schleswig'schen Ständeversammlung die Einführung derselben nicht zu einer Nothwendigkeit gemacht. Er könne es nicht billigen, daß die Regierung sich auf keine Abstimmung in Schleswig hätte einlassen wollen. Er stimme gegen die Adresse, um so mehr, da man sich, bei der geringen Anzahl der anwesenden Reichsräthe, besser auf Erledigung der laufenden Geschäfte beschränke. — Finsen (aus Sonderburg): Erst wenn bestimmte Resultate vorliegen, könne von Mißtrauen oder Zutrauen die Rede sein; die persönlichen Bemerkungen, welche jetzt geäußert worden wären, hätten keine weitere Bedeutung; es sei jedoch die Pflicht der Volksrepräsentation, sich bei der jetzigen bedenklichen Lage zu äußern. Ein Schleswig-Holstein wäre für die dänischen Schleswiger das traurigste Ereigniß. — Christensen entgegnet dem Vorredner und spricht sich gegen die Adresse aus. — Steenstrup (aus Aerro) vertheidigt das Recht des Reichsraths, trotz der wenigen schleswig'schen Mitglieder seine Meinung auszusprechen. Er ist für die Annahme der Adresse, besonders als Aufmunterung für das Volk. — Der Conseilspräsident kann sich der Verhältnisse halber nicht an den Verhandlungen betheiligen; man habe jedoch sein Schweigen weder als ein Zeichen der Uebereinstimmung, noch des Mißfallens auszulegen. — Jagd: Die Mitglieder des Reichsraths entbehren der nöthigen Einsicht in die Lage, um der Regierung Rathschläge zu ertheilen. Es sei thöricht, den Preußen und Oesterreichern gegenüber das Nationalitätsprinzip geltend zu machen, wie ja selbst im Königreich der Sprachkampf nicht überall Beifall gefunden habe. Das dänische Volk wünsche den Frieden; doch wolle man ihm denselben nicht geben, dann möge man Krieg führen, aber einen wirklichen Krieg, nicht blutige Demonstrationen wie bisher. — Die Sitzung wird vertagt.

Kopenhagen, 20. Juli. (Nat.-Ztg.) Die vorgestern abgeschlossene Konvention über die Waffenruhe wird im Allgemeinen gut aufgenommen, jedoch von der eiderdänischen Presse getadelt. „Dagbladet" bemerkt dazu: „Die Bedingungen, auf welche hin das Ministerium abgeschlossen hat, um augenblicklich dem Blutvergießen ein Ende zu machen, sind ungefähr so hart und unvortheilhaft, wie sie für Dänemark nur irgend sein konnten. Die Blokade wird aufgehoben, der Feind aber bleibt im Besitz des ganzen, von ihm besetzten Territoriums, und keine Verbindung zwischen der Halbinsel (Jütland) und den übrigen Provinzen (den dänischen Inseln) wird gestattet. Es wird nichts darüber gesagt, ob die feindlichen Truppen für ihre Beköstigung bezahlen sollen, und es werden also wohl die Kontributionen fortgesetzt werden. Ebensowenig ist von dem „regelmäßigen Gang" der Verwaltung die Rede, und es wird also wohl die Meinung sein, daß General Vogel von Falckenstein als Militärgouverneur nach wie vor Jütland beherrschen solle." — Es steht freilich fest, daß von den deutschen Mächten noch vor kurzem ein längerer Waffenstillstand unter den günstigsten Bedingungen angeboten wurde. Nachdem dieser aber von Dänemark mit der größten Halsstarrigkeit zurückgewiesen worden ist, muß dieses nun die ersehnte Ruhe hinnehmen, wie es sie eben bekommen kann.

Neueste Levantepost.

Triest, 22. Juli. (W. T.-B.) Nachrichten aus Corfu vom 17. Juli melden, daß die Wahlen auf den Jonischen Inseln zu Gunsten der konservativen Partei ausgefallen sind. 40 Abgeordnete Corfu's und Zante's erklärten, alles Mögliche aufbieten zu wollen, daß der König nicht blos herrsche, sondern auch regiere.

Großbritannien.

* **London,** 21. Juli. Die Kabinette von Wien und Berlin sollen eine neue Zirkularnote an ihre Gesandten in Paris, London, Petersburg und Stockholm versandt haben, in welcher sie — „Daily News" zufolge — über die Lage Schleswigs folgende Erklärung abgeben:

Obwohl die verbündeten Mächte sich in jeder Weise bemühen, um Schleswig, gleich den Herzogthümern Holstein und Lauenburg, welche zum Deutschen Bund gehören, unter die gemeinschaftliche Verwaltung österreichischer und preußischer Kommissäre zu stellen, wäre es doch voreilig, daraus den Schluß zu ziehen, daß die Einverleibung Schleswigs in den Deutschen Bund die nothwendige Folge dieser Maßregel sein werde. Das Herzogthum Schleswig wird thatsächlich, kraft seiner Ansprüche auf eine unauflösliche Verbindung mit Holstein, das Schicksal dieses Herzogthums theilen; doch kann dieses geschehen, ohne daß Schleswig ein deutscher Bundesstaat werde. Der zukünftige Souverän der Herzogthümer wird Fürst von Holstein sein und bleiben; aber trotzdem könnte er, wie andere Bundesfürsten, auch außerhalb des Bundes Besitzungen haben.

Die Ankündigung Lord Ellenborough's, daß er am 26. d. die Aufmerksamkeit des Oberhauses auf die veränderte Lage der brittischen auswärtigen Politik zu lenken beabsichtige, hat die Voraussetzung Lüge gestraft, daß wir in dieser Session keine weitere Debatte über auswärtige Angelegenheiten mehr zu erwarten haben. Dem „Herald" zufolge, der von Rechts wegen in den Plan des edlen Lords eingeweiht sein sollte, wird es sich nicht um einen neuen Tadelsantrag und überhaupt um keine ausdrückliche Motion, sondern um einen kritischen Rückblick auf Lord Russell's gesammte auswärtige Politik handeln, der — das läßt sich wohl voraussagen — kein sehr angenehmer sein wird. Der „Herald" spricht die Hoffnung aus, daß Lord Derby im Stand sein werde, sich bei dieser Debatte zu betheiligen.

Amerika.

* **Richmond.** Ein englischer Reisender, welcher am 1. d. Richmond verlassen und früher Petersburg besucht hat, schildert die Lage daselbst folgendermaßen: Die gegen Maryland entsandten Truppen bestehen aus dem ganzen Korps des Generals Ewell, der sie persönlich führt, und ihre Gesammtstärke dürfte 25,000 Mann betragen. Es hieß, eine kleinere Abtheilung mit schwerer Artillerie werde gegen Acquia-creek entsandt werden, oder sei bereits dahin unterwegs, um am Potomac starke Batterien anzulegen, den Fluß zu blokiren, und auf diese Weise die Wasserverbindung mit Washington zu unterbrechen. Gleichzeitig sollte General Ewell die Baltimore- und Ohiobahn zerstören, wodurch die Hauptverbindung mit der Hauptstadt der Union abgebrochen würde. Man glaubte im südstaatlichen Lager, Ewell's Korps werde stark genug sein, es mit jeder Truppenmacht, die ihm der Norden entgegenstellen könne, aufzunehmen, und aus diesem Grund werde die Washingtoner Regierung sich bald gezwungen sehen, Grant zurückzurufen. Daß er ein Beobachtungskorps zurücklassen werde, hielt man für undenkbar, da es einem kombinirten Land- und Seeangriff von Richmond aus nimmer würde die Spitze bieten können.

Vermischte Nachrichten.

— Die Alsener Siegesbeute umfaßt nach der „N. Pr. Ztg." 97 Geschütze mit Laffetten, darunter 50 Geschütze der schwersten Kaliber, 24- und 48-pfünder; ferner 28 gezogene Geschütze, 12 Zwölfpfünder, 7 Mörser. Weiter 10 Espingoles, eine Höllenmaschine, 2000 Gewehre, 500 Säbel, 400 Tornister, 60 Munitions- und andere Fahrzeuge, 5000 Geschosse und Kartuschen verschiedenen Kalibers, 180 Zentner Pulver in Fässern. Endlich bedeutende Holzvorräthe (zu denen auch das Bettungsmaterial der 97 Geschütze zu rechnen ist), 80 Holz- und Zinktonnen zu Wasserminen, 10,000 Fuß Kupferdraht zu elektrischen Leitungen, bedeutende Eisenvorräthe, die Landungsbrücken in Hörup-haff, die Schuppen und Baracken bei Ulkebüll, Augustenburg und Hörup-haff, die versenkte Schiffbrücke zwischen Sundewitt und Sonderburg, mit deren Hebung die Ingenieure beschäftigt sind, eine Jochbrücke über die Steckwigbucht, und diverse kleinere Gegenstände.

— Die erste Eisenbahnfahrt über die Pyrenäen von französischem auf spanisches Gebiet ist am 15. d. M. durch einen Tunnel von 26 Kilom. Länge ausgeführt worden. Zur Zeit der Anwesenheit des Kaisers in Biarritz soll die feierliche Einweihung dieser Bahn stattfinden.

— London. Auf den Bericht einer Kommission von Sachverständigen hat der Staatssekretär für Krieg beschlossen, das preußische Zündnadelgewehr bei der ganzen brittischen Armee einzuführen.

* London, 21. Juli. Die Mordthat auf der Nord-Londoner Eisenbahn. In der Stadt war gestern das Gerücht verbreitet, das Segelschiff „Victoria", auf welchem der des Mords verdächtige Franz Müller sich nach Amerika eingeschifft, habe in Queenstown angelegt und Müller sei dort von der Polizei in Empfang genommen worden. Diese Nachricht erregte ungeheures Interesse; eine Thatsache, welche die Abendblätter am ehesten kontroliren können. Weder in irgend einem Stadium der polnischen oder dänischen Frage, noch auch während des neulichen großen parlamentarischen Kampfes haben die Verbreiter der Pennyblätter sich eines so reißenden Abganges ihrer Waare erfreut, wie gestern Abend unter dem Rufe: „Capture of the Murderer!" Leider haben die Thatsachen das Gerücht nicht bestätigt, und die beiden Polizeiinspektoren, welche, begleitet von dem Droschkenkutscher Matthews und dem Juwelier Death, auf der Verfolgung des Flüchtigen begriffen sind, werden ihrer Beute wahrscheinlich erst drüben auf amerikanischem Boden habhaft werden, vorausgesetzt, daß sie früh genug dort eintreffen. Hat das Segelschiff „Victoria" eine günstige Uebersahrt und der die polizeilichen Verfolger tragende Dampfer das Gegentheil, so ist es noch immerhin möglich, daß Müller früher ankommt und sich noch bei Zeiten unsichtbar zu machen weiß. Daß den Polizeiagenten übrigens ein spezieller Dampfer von der Regierung zur Verfügung gestellt worden, war eine irrthümliche Behauptung; sie haben den gerade zur gelegenen Zeit auslaufenden Liverpool-Neu-Yorker Postdampfer benützt.

Von den Antecedentien des Entflohenen sind noch folgende Einzelheiten bekannt geworden: Franz (nach Anderen Johann) Müller ist im Jahr 1839 in Köln geboren. Nachdem er die Schule verlassen, ging er zu einem Büchsenmacher in die Lehre. Vor zwei Jahren kam er auf die Vorstellungen eines Freundes hin, der ein Jahr vorher nach England übergesiedelt war, und hier Matthews', des Droschkenkutschers, Schwester geheirathet hatte, nach London, fand in seinem erlernten Handwerk jedoch nicht ausreichende Beschäftigung und wandte sich der Schneiderei zu. Er wurde mit Matthews bekannt und verlobte sich späterhin mit dessen jüngerer Schwester. Dieses Verhältniß löste sich jedoch wieder auf, weil Müller einen heftigen und im höchsten Grade eifersüchtigen Charakter verrieth, und seiner Verlobten sogar drohte, sie zu ermorden, wenn sie je mit einem andern Mann zu sprechen wage. Obwohl das Mädchen ihn von da ab geflissentlich vermied, setzte er doch seine Besuche in Matthews Hause fort; und in der letzten Zeit sprach er oft seine Absicht aus, sobald er die nöthigen Gelder beschaffen könne, nach Amerika zu gehen und dort in die Armee einzutreten. — In der Stube, welche Müller nahe bei der Station Bow bewohnt hat, sind bei polizeilicher Untersuchung im Kamin versteckt blutbespritzte Kleidersetzen vorgefunden worden, so daß die Indizien zusammengehalten kaum noch die Möglichkeit eines Zweifels an seiner Schuld übrig lassen.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

22. Juli.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27" 9,83'''	+16,0	S.W.	ganz bew.	trüb, mild, Rgntr.
Mittags 2 „	„ 9,86'''	+18,5	„	stark „	Sonnbl., windig
Nachts 9 „	„ 10,20'''	+16,0	„	ganz „	trüb, Nachts Rgn.

Maxau, 23. Juli. Rheinwasser-Wärme 17 Grad.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Z.m.245. **Karlsruhe.** Gestern Abend entschlief zu Heidelberg zu einem bessern Leben Herr Christoph Hoffmann, großherzoglicher Hoffänger von hier.

Seinen Freunden und Bekannten wird hievon mit dem Bemerken Nachricht gegeben, daß Sonntags den 24. d. M., Nachmittags 5 Uhr, die Beerdigung in Heidelberg stattfinden wird.

Karlsruhe, am 23. Juli 1864.

Der Neffe des Verewigten:
H. Rommel, Oberpostamts-Sekretär aus Kassel.

Z.m.154. **Karlsruhe.**

Bekanntmachung.

Die Ausstellung der im Studienjahr 1863/64 gefertigten Arbeiten der Schüler des Polytechnikums wird am Dienstag den 26. d. M., Vormittags 10 Uhr, eröffnet, und dauert bis Donnerstag den 28. d. M., Abends zu deren Einsicht wir Jedermann, der daran Interesse nimmt, hiermit einladen.

Karlsruhe, im Juli 1864.

Direktion der großh. polytechnischen Schule.
Dr. M. Seubert.

Z.m.194. **Mainz.**

5% Prioritäts-Anlehen
des
Gasapparat- und Guß-Werks in Mainz.

Bei der heute planmäßig vor Notar und Zeugen stattgehabten dritten Verloosung unseres Prioritäts-Anlehens sind folgende 24 Obligationen:

Nr. 6, 20, 77, 143, 219, 263, 267, 325,
„ 326, 375, 380, 486, 522, 556, 604,
„ 638, 695, 733, 798, 802, 845, 876,
„ 982, 1000

zur Rückzahlung auf den 31. Dezember d. J., an welchem Tage deren Verzinsung aufhört, gezogen worden.

Die Einlösung geschieht bei:
Herrn **Gebrüder Benedict** in **Stuttgart**,
„ **Ed. Koelle** in **Karlsruhe**,
„ **C. Kohler & Cie.** in **Genf**,
oder an unserer Kasse dahier.

Mainz, den 20. Juli 1864.

Direktion des Gasapparat und Gußwerks
Heinrich Kraussé.

Bad Rippoldsau.

5. Kurliste vom 10. bis 20. Juli 1864.

Hr. M. Pfau von Winterthur. Hr. Schmidlin von Aarau. Hr. Ott-Usteri, Partikulier von Zürich. Fr. Regierungsrath Hagenbuch mit Frl. Tochter von da. Frl. Bertha Sauppe von Göttingen. Hr. Dr. Hug-Götzinger, Gymnasiallehrer von Schaffhausen. Hr. D. v. Kleudgen von Karlsruhe. Hr. P. Sommer von Berlin. Hr. A. Strohl, Kaufmann von Mülhausen. Hr. B. Jolly, Kaufmann mit Familie, von Luneville. Hr. K. Herbardt mit Frl. Tochter, Kaufmann von Frankfurt a. M. Hr. O. Bauer mit Frau, Oekonom von Oehringen. Frau Josephine Merz von Wien. Hr. Ph. J. Böhm, Weinhändler von Frankfurt a. M. Fr. Böhm von da. Hr. E. Hirzel von Zürich. Frau Streit mit Tochter von Ettlingen. Frau Leykauf mit Frl. Tochter von Frankfurt a. M. Frau und Fräulein Siegfried von Mülhausen. Hr. D. E. Glocker, Regimentsarzt von Augsburg. Frl. A. Nußer und Frl. Keller von Unter-Günzburg. Hr. Karl Pingaud, Kaufmann von Besançon. Hr. A. Boirin, Kaufmann von d'Uchaud. Hr. A Faber mit Frau, Aktuar von Oberndorf. Hr. H. Faber mit Frau, Kaufmann von Heilbronn. Hr. Koning, Konzertmeister von Mannheim. Hr. J. K. Corrodi, Kaufmann von Zürich. Hr. Mathiß, Kaufmann und Vizekonsul von Karlsruhe. Hr. Leonhard, Privatier von Lahr. Hr. Leonhard, Kaufmann von Basel. Hr. Scholl mit Nichte, Direktor von Karlsruhe. Hr. Ed. Kraus, Offizier von Karlsruhe. Hr. J. Groß, Kaufmann von Mannheim. Frl. Louise Krafft von Mülhausen. Hr. Prof. Grob von Zürich. Hr. E. Neumann, Kameralpraktikant von Offenburg. Hr. R. Mayer, Fabrikant von Mannheim. Hr. L. Leslourdy, Rentier von Besançon. Hr. Monnot, Doktor der Medizin von Besançon. Hr. C. A. Wengen mit Frau und Sohn, Kaufmann von Basel. Hr. F. Weibel, Kaufmann von Basel. Hr. G. Meyer, Notar von Basel. Frau und Frl. Bassermann von Mannheim. Hr. Rigaud, Juge d'instruction von Kolmar. Mad. Rigaud von Kolmar. Hr. Juvinel aus St. Petersburg. Frau und Frl. Jäger von Griesbach. Hr. Dr. Orth, Hr. Adv. Neumann, Hr. R. Weller, Hr. W. Schulz von Darmstadt. Hr. A. Werle von Blumenfeld. Hr. und Mad. de Bazin, Kaufmann von Straßburg. Frau Doktor Straub mit Frl. Tochter von Freiburg i. B. Hr. Hebding, Schuhmacher von Kippenheim. Hr. Wernet, Landwirth von Katzenmoos. Hr. Joh. Klausmann, Landwirth von da. Hr. L. Kanstinger, Landwirth von Oberwinden. Hr. Scherer, Kaufmann von Offenbach. Hr. Sternweiler mit Gemahlin von Bremen. Hr. L. Pfeffinger von Tiefenbronn. Hr. H. Bauer, Kaufmann von Konstanz. Hr. J. Meister von Achdorf. Hr. J. Uhl von Bruchsal. Hr. D. Landauer, Advokat von Frankfurt a. M. Hr. Blum von da. Hr. Rück, Kanzleirath von Berlin. Frau Meckel mit Familie von Berlin. Hr. Mörmann, Hr. Lichterohr, Hr. Sepke und Hr. Leirens aus Belgien. Hr. Dr. Wetzel aus Neu-Orleans. Hr. Dr. Stephani von Mannheim. Hr. H. v. Meiß von Zürich. Hr. Kündig mit Gattin von Basel. Hr. v. Bechtoldt, Oberst von Darmstadt. Frau Professor Bauritel von Mannheim. Hr. Schmoll von Mülhausen. Hr. Renner von Heilbronn. Hr. Bartenfeld und Hr. Bryner von Zürich. Hr. du Bois de Dunita von Neuchatel. Hr. C. Otto, Kaufmann von Nördingen. Hr. Huber-Fingado, Fabrikant von Lahr. Frau Maag von Zürich. Hr. Ad. Groß, Instituteur von Genf. Hr. Dr. Meier, Medizinalrath von Karlsruhe. Hr. Aug. Halbich, Goldarbeiter von Lahr. Frau Kromer mit Tochter von Pavannes. Hr. Isele, Konrektor von Bad Homburg. Hr. K. Friedrich, Hauptlehrer von Mundingen.

Rippoldsau, den 21. Juli 1864.

Fritz Göringer,
Badeigenthümer.

Z.m.236.

Z.m.207. **Strßburg.**

Wisner, Zahnarzt des kaiserlichen Lyceums
in **Strasburg,**
Rue de la Mésange 2 Meisengasse,
ganz in der Nähe des Hôtel de Paris.

Einsetzung **künstlicher,** sowie dauerhafte und gründliche Heilung **krankhafter** Zähne. Anwendung der neuesten Systeme, die erfahrungsgemäß am raschesten zum Ziele führen. Jahrelange Praxis haben Herrn **Wisner** den ausgedehntesten Wirkungskreis in seinem Fache verschafft.

Z.m.242. **Karlsruhe.**

Gehilfen-Gesuch.

Für eine Apotheke des badischen Oberlandes suchen wir, wo möglich zum sofortigen Eintritt, einen soliden Gehilfen gegen anständigen Gehalt und unter angenehmen Verhältnissen.

Gebrüder **Jost** in **Karlsruhe.**

Offene Verwaltersstelle.

Z.m.230. Für einen tüchtigen, im Großherzogthum Baden examinirten Apotheker ist im bad. Oberlande, Badeort, eine Verwaltersstelle unter vortheilhaften Bedingungen sogleich zu besetzen. Gute Behandlung und angemessenes Salair werden zugesichert. Zu erfragen bei der Expedition dieses Bl.

Commisstelle-Gesuch.

Ein junger Mann von 22 Jahren, der eine schöne Handschrift besitzt, schon einige Jahre als Detailleur in verschiedenen Branchen konditionirte, später als Reisender und Buchhalter in En-gros-Geschäften thätig war, sucht eine Stelle als **Buchhalter** oder **Reisender** in einem En-gros- oder Fabrikgeschäft.

Beste Referenzen Seitens seiner bisherigen Prinzipale stehen zur Seite.

Frankirte Anfragen A B Nr. 50 besorgt die Expedition dieses Blattes. Z.m.244.

Z.m.205. **Berlin.**

Aufseherstellen.

2 sichere solide Leute finden als Aufseher in **Dampffabriken** in und bei Berlin, resp. zum 1. Septbr. und 1. Oktober d. J. dauernd Anstellung. Bewerber, wo möglich **gelernte Müller,** wollen sich unter Einreichung ihrer Atteste franko melden. **Gehalt,** resp. **30 Thlr. und 40 Thlr.** bei **freier Wohnung.** Auftrag **H. Wege** in Berlin, Prinzenstraße 72, 1 Treppe.

Ein Reitpferd, fehlerfrei, vollkommen militärfromm, 9 Jahre alt, komplet geritten und von hübscher Figur, ist eingetretener Verhältnisse halber zu verkaufen. Näheres bei der Exped. d. Bl [Z.m.186.

Z.k.771. **Mannheim.**

Guano

aus den Anfuhren der **Peruanischen Regierung** billigst zu beziehen durch

G. Köhler & Koch in **Mannheim.**

Z.k.784. **Mannheim.**

Knochenmehl

in verschiedenen Sorten billigst bei

G. Köhler & Koch in **Mannheim.**

Z.m.238. Nr. 1061. **Eggenstein.**

Liegenschafts-Versteigerung.

Die unterfertigte Verrechnung wird das dem Lyceumsfond von den Fabrikanten Heinrich Müller und Karl Schirrmeister anerfallene ehemalige Mühlengebäude mit Zugehörde in Eggenstein, bestehend

an Gebäulichkeiten:

in einem geräumigen zweistöckigen Wohnhaus, der angebauten Oelmühle, Schopf mit Waschküche und Backhaus, Scheuer mit Stallungen, in der Ziegelgasse gelegen;

an Grund und Boden:

in 1 Viertel 30 Ruth. Haus- und Hofplatz, ungefähr ½ Viertel Gemüsegarten, und ungefähr 2 Morgen Gras- und Baumgarten hinter dem Hause, die sog. Mühlgartenwiese,

am Mittwoch den 27. Juli d. J.,
Nachmittags 3 Uhr,

in dem Rathhaus zu Eggenstein einer öffentlichen Versteigerung zu Eigenthum aussetzen.

Liebhaber werden hiezu unter dem Anfügen eingeladen, daß der durch das Besitzthum fließende Bach den Betrieb eines Gewerbes begünstigen würde.

Karlsruhe, den 22. Juli 1864.

Großh. Lyceums-Verrechnung.
Leichtlen.

Z.m.195. M.K.Nr.1784. **Ettlingen.**

Pferde-Versteigerung.

Bei diesseitiger Stelle werden

Montag den 1. August l. J.,
Vormittags 10 Uhr,

10 Stück bisher verstellte Militärpferde, und zwar
4 Wallachen von 16 bis 17 Jahren,
6 Stuten „ 16 „ 19 „

gegen Baarzahlung öffentlich versteigert, mit Beifügung der Bedingung, daß keinerlei Gewähr für etwaige Mängel übernommen wird.

Ettlingen, den 22. Juli 1864.

Großh. Montirungskommissariat.
Stengel, Major.

Z.m.203. **Ludwigshafen.**

Winden-Rhein-Bahn.
Bekanntmachung.

Es sollen die Zimmermannsarbeiten, beziehungsweise Holzlieferungen, zur Herstellung des Oberbaues ꝛc. an der Schiffbrücke über den Rhein bei Maximiliansau für den Eisenbahn- und Straßenverkehr auf dem Submissionswege vergeben werden.

Die betreffende Kostenanschlagssumme beläuft sich auf . . . . . 33,742 fl. 39 kr.

Pläne, Kostenanschlag und Uebernahmsbedingungen liegen auf dem Baubureau in bayr. Maximiliansau zur Einsicht offen.

Die Uebernahmsofferte sind längstens bis 5. August d. J., Mittags 12 Uhr, bei der unterfertigten Direktion verschlossen einzureichen, und ist auf dem Couvert zu bemerken:

„Submission auf Zimmermannsarbeiten an der Schiffbrücke in Maximiliansau."

Ludwigshafen, den 20. Juli 1864.

Die Direktion der Pfälzischen Eisenbahnen.
Jäger.

Z.m.189. **Offenburg.**

Die Offenlegung des Lagerbuchs der Gemarkung und Gemeinde Bohlsbach betr.

Nachdem das Lagerbuch dieser Gemeinde aufgestellt ist und, so weit bisher ermittelt werden konnte, sämmtliche Liegenschaftsstücke mit ihren Rechten und Lasten darin verzeichnet stehen, wird dasselbe nach §. 12 höchster Verordnung vom 12. Mai 1857 (Regbl. Nr. 21, S. 221) von heute an während 2 Monaten auf dem Rathhause zu Bohlsbach zu Jedermanns Einsicht aufgelegt.

Etwaige Einwendungen gegen die eingetragenen Beschreibungen der Liegenschaftsstücke und ihrer Rechtsbeschaffenheiten sind innerhalb obiger Frist bei dem Unterzeichneten mündlich oder schriftlich vorzutragen.

Offenburg, den 22. Juli 1864.

Der Bezirksgeometer
Seufert.

Z.m.117. **Kassel.**

Bebra-Fulda-Hanauer Eisenbahn.

Die Ausführung von Erd-, Planirungs- und Befestigungsarbeiten, sowie von Durchlässen, kleineren Brücken, Wege-Unter- und Ueberführungen in der Sektion Hersfeld, und zwar:

des 1ten Looses, veranschlagt zu 27,470 Thaler,
„ 2ten „ „ „ 48,340 „
„ 3ten „ „ „ 32,410 „

soll im Wege des öffentlichen Submissionsverfahrens an Unternehmer verdungen werden.

Die betreffenden Profile, Pläne und Berechnungen, sowie die Submissionsbedingungen sind von heute ab täglich in unserem technischen Zentralbureau hierselbst Vormittags von 9 bis 12 Uhr und Nachmittags von 3 bis 6 Uhr einzusehen; auch werden daselbst Abdrücke von den Submissionsbedingungen gegen Erstattung der Kosten abgegeben werden.

Die Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:
„Submission zur Uebernahme von Erdarbeiten ꝛc. zur Bebra-Fulda-Hanauer Eisenbahn"
versehen, bis spätestens den 30. Juli d. J., Vormittags 10 Uhr, portofrei an uns einzusenden, zu welcher Zeit die Eröffnung der bis dahin eingegangenen Offerten in unserem in der Bahnhofsstraße Nr. 35¾ befindlichen Geschäftslokale in Gegenwart der etwa erschienenen Submittenten erfolgen wird.

Später eingehende oder nicht bedingungsgemäße Offerten bleiben unberücksichtigt.

Kassel, den 18. Juli 1864.

Kurfürstliche Direktion
für den Bau der Bebra-Fulda-Hanauer Eisenbahn.

Z.m.235. **Forbach.**

Holzversteigerung.

Der Heiligenfond zu Forbach läßt aus seinen Waldungen nachverzeichnete Hölzer am

Samstag den 30. d. M.,
Nachmittags halb 2 Uhr,

auf dem dasigen Rathhause versteigern:

76 Stämme Bauholz,
539 gute Klötze,
275 Ausschußklötze aus Külpen,
28 Stangen,
57 Klafter buchenes Scheitholz,
200 „ tannenes dto.
205 „ Prügelholz.

Forbach, den 21. Juli 1864.

Die Stiftungskommission.
Für diese:
Pfr. Huggle.

B.950. Nr. 13,812. **Pforzheim.** (Bekanntmachung.) Josef Schläfli von Solothurn wurde als Prokurist der Firma S. Adler & Comp. dahier bestellt; was unter O.Z. 36 zum Firmenregister eingetragen wurde.

Pforzheim, den 19. Juli 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Dr. Gerstner.

Z.i.701. Nr. 5633. **Baden.** (Verlassenschaftseinweisung.) **Beschluß.** Da in der mit diesseitiger Verfügung vom 4. Mai d. J., Nr. 3861, gesetzten Frist keine Einsprache erfolgt ist, so wird die Karoline Pfeiffer in Lichtenthal in Besitz und Gewähr der Verlassenschaft ihrer † Schwester Marie Elisabethe Pfeiffer von Hamburg, früher wohnhaft in Lichtenthal, eingewiesen.

Baden, den 18. Juli 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Dr. Schultz.

Z.i.705. F.A.R.Nr. 3779. **Karlsruhe.** (Fahndung.) J. U. S. gegen Pionir Liberat Erforth von Rothenfels, wegen Fälschung, soll Schreinergesell Philipp Dreikorn von Wertheim als Zeuge einvernommen werden. Da dessen Aufenthaltsort unbekannt ist, so wird gebeten, auf denselben zu fahnden und im Ermittlungsfall hieher Mittheilung zu machen.

Karlsruhe, den 22. Juli 1864.

Das Kommando des großh. bad. Feld-Artillerieregiments.
Der Regimentskommandant:
Gf. v. Sponeck, Oberst.

Z.i.708. Nr. 10,126. **Waldshut.** (Aufforderung und Fahndung.) Peter Kreider von Staufen, großh. Amtsgerichts Bonndorf, ist angeschuldigt, in die Arbeitshalle der Maschinenfabrikanten Kemner und Pfeiffer von Mannheim, nächst dem hiesigen Bahnhofe, eingebrochen, das Bureau und einen darin befindlichen Pult aufgebrochen und 77 fl. daraus entwendet zu haben.

Derselbe hat sich der Untersuchung durch die Flucht entzogen und wird nun aufgefordert, sich binnen 4 Wochen dahier zu stellen, indem sonst nach dem Ergebniß der Untersuchung das Erkenntniß werde gefällt werden. Zugleich wiederholen wir unser Ersuchen um Fahndung auf Kreider und dessen Verhaftung.

Waldshut, den 20. Juli 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
v. Wänker.

Z.i.712. Nr. 11,387. **Mosbach.** (Aufforderung und Fahndung.) Kanonier Johann Karl Georg Klingmann von Binau ist heimlich nach Amerika ausgewandert. Derselbe wird aufgefordert, sich

binnen 6 Wochen

dahier oder bei seinem Kommando zu stellen und über seine unerlaubte Entfernung zu verantworten, widrigenfalls er, vorbehaltlich persönlicher Bestrafung im Betretungsfalle, des Orts- und Staatsbürgerrechts für verlustig erklärt und in eine Geldstrafe von 1200 fl. verfällt würde. Zugleich wird dessen Vermögen mit Beschlag belegt und um Fahndung und Ablieferung des Klingmann, dessen Signalement hier beigefügt wird, gebeten.

Signalement: Alter, 24 Jahre; Größe, 5' 6"; Statur, schlank; Gesichtsform, länglich; Gesichtsfarbe, gesund; Haare, blond; Stirne, gewöhnlich; Augenbrauen, braun; Augen, grau; Nase, gebogen; Mund, gewöhnlich; Bart, keinen; Kinn, spitz; Zähne, gut.

Mosbach, den 15. Juli 1864.

Großh. bad. Bezirksamt.
Orff.
vdt. Ladenburger.

Z.m.240. Nr. 2410. **Bruchsal.** (Erledigte Gehilfenstelle.) Unsere I. Gehilfenstelle mit einem jährlichen Gehalt von 500 fl. ist in Erledigung gekommen und soll bis 1. September wieder besetzt werden. Berechtigte Bewerber wollen ihre Gesuche sofort unter Vorlage der Zeugnisse anher einreichen.

Bruchsal, den 21. Juli 1864.

Großh. Domänenverwaltung und Forstkasse.
Stöckel.

Frankfurt, 22. Juli 1864.

Staatspapiere.

		Per compt.			Per compt.
Oesterr.	5% Met. i. S. b. R.	— —	G.Hess.	3½% Obligation.	94 P.
„	5% do. in holl. St.	— —	Nassau	5% Oblig. b. Rth.	102 P.
„	5% do. 1852 i. Lst.	— —	„	4½% do.	102½ P.
„	5% do. 1859 „ „	80¼ P.	„	4% do.	99⅜ P.
„	5% Lomb. i. S. b. R.	91⅝ P.	„	3½% do.	92⅞ P.
„	5% Venet. C. b. R. 6/7	84¼ P.	Krhess.	4% Obl. Rthlr. à 105	99¼ G.
„	5% Nat.-Anl. 1854	69 bez.	Brschw	3½% O. b. R. à 105	93¼ P.
„	5% Met.-Obligat.	61¾ G.	Lxbrg.	4% O. Fr. à 28 kr. b. E.	90⅜ G.
„	5% do. 1852 C. b. R.	61¾ G.	„	4% do. à 105 kr. b. E.	89⅝ P.
„	4½% Met.-Oblig.	54¼ bez.	Frankf.	3½% Obligation.	96 P.
Preuß.	5% Oblig. b. Rth.	106 P.	„	3% do.	92½ P.
„	4½% do.	102 P.	Rußld.	5% Obl. in L. à fl. 12	86⅞ G.
„	4% do.	97¼ G.	Finnl.	4½% O. i. R. à 105	88⅝ P.
„	3½% Staatsch.	90 G.	Span.	3% inl. Schuld	— —
Bayern	4½% 1jährig	102¼ bG	„	2¼% Schuld	45⅜ P.
„	4½% ½jährig	102¼ G.	Belgien	4½% O. i. Fr. à 28 kr.	100⅜ G.
„	4% 1jährig	99½ G.	Italien	5% Rente Fr. à 28 kr.	68½ P.
„	4% ½jährig	100⅛ P.	Schwd.	4½% Obligation.	93⅞ P.
„	4% Ablös.-Rente	99¾ P.	„	4½% Pfbf. b. B. & E.	93⅜ P.
„	3½%	— —	Schwz.	4½% E. O. i. Fr. à 28	100 G.
Wrtbg.	4½% Obl. b. Rth.	105 P.	„	4½% Bern. St.-O.	101½ P.
„	4% do.	103⅛ G.	„	4% do.	— —
„	3½% do.	96 G.	„	5% Gf. St. O. Fr. 28	— —
Baden	4% Obligation.	99⅞ G.	N-Am.	6% St. i. D. r. 1881	46 G.
„	3½% do. v. 1842	92¾ P.	„	6% do. r. 1882	45⅛ b. G.
G.Hess.	5% Obligation.	102 P.	„	5% do. r. 1871	— —
„	4% do.	100¼ P.	„	5% do. r. 1874	— —

Anlehens-Loose.

Oest. 250 fl. b. R 1839	133¾ G.
„ 250 fl. „ 1854	78 P.
„ 100 fl. Pr. L 1858	131 G.
„ 500 fl. v. 1860 6/7	85½ bez.
„ 100 fl. v. 1864	95⅛ G.
3½% Preuß. Pr. A.	— —
Schwed. Rthlr. 10 L.	9⅛ G.
Bad. 50-fl.-Loose	116 G.
„ 35-fl.- „	53 P.
Kurh. 40 Thl. L. b. R.	54⅞ P.
Gr.-Hess. 50 fl. L. b. R.	133¾ P.
„ 25 fl. „ „ „	37½ P.
Nass. 25-fl.-L. b. R.	36½ P.
Sard. 36-Fr.-L. b. B.	63 P.
Mail. 45-Fr.-L. b. R.	32¾ G.
2½ Lütt. Pr. O. b. G.	35¾ P.
3% Bordeaux 100 Fr	84¼ P.
Ansb.-Gunzenh. L.	11¼ P.

Wechsel-Kurse.

Amsterdam	k.S.	99⅞ G.
Antwerpen	„	94⅛ G.
Augsb. 24 fl. 100	„	94 G.
Berlin	„	105⅛ B.
Bremen	„	96⅜ B.
Brüssel	„	94 G.
Cöln	„	105¼ B.
Hamburg	„	88⅞ B.
Leipzig	„	105⅛ B.
London	„	118⅞ B.
Mailand. i. Fr. 200	„	94 G.
München	„	99¾ G.
Paris	„	94¼ G.
„ 60 à 90 T.	„	94⅛ G.
Wien	k.S.	102½ bG
Disconto		3½% G.

Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.

3% Frankfurter Bank	138 G.	4% Pfandbr. d. Frkf. Hyp.-B.	— —
3% Oesterr. Bank-Aktien	800 G.	3% Oest. St.-Eisenb.-Prior.	50 G.
5% „ Cred. A. i. O. W.	197½ G.	3% Oest. Süd. St. u. Lom. E. B.	50¾ P.
3% Bayer. Bank à fl. 500	918 G.	5% Tosc. Centr. Eisnb. Prior.	76¾ G.
4% Darmst. B.-A. à fl. 250	221 G.	5% Elisabethbahn-Prior. 6/7	79 G.
4% Weimar. Bank-Aktien	96 G.	5% do. neueste Emiss. 6/7	72¾ P.
4% Mitteld. Cr.-A. à 100 Th.	98 G.	5% Böh. W.-B. P. i. S. b. R. 6/7	81¾ P.
4% Luxemb. Bank-Aktien	105½ P.	5% Galz. Carl Ldwb.-Pr O. 6/7	85⅞ P.
Span. H. u. Ind. Fr. 500 à 28	— —	4½% Hess. Ldwigsb.-Prior.	101 P.
Taunusbahn-Akt. à fl. 250	320 P.	5% Oest. Ld. 1. Pr.-O. i. Silb.	93⅝ P.
3½% Frankf. Han. Esnb.-A.	97⅝ P.	5% „ „ 2. „ „ „	— —
5% Oesterr. Staats-Esnb.-A.	— —	4½% Ldwh.-Verb. Pr.-Obl.	102⅝ P.
5% Elisab. B. fl. 200 pr. St. 5/8	111 P.	4% „ „ „	98½ P.
5% Böhm. Westb.-Akt. fl. 200	— —	4½% Rhein-Nahe. Pr.-O.	98⅜ P.
Rhein-Nahe-Bahn	27⅝ G.	5% Ital. R. 20% Einz. Fr. à 28	— —
4% Ldwh.-Verb. Eisenbahn	147½ G.	4% Südd. Bnk.-A. 40% Einz.	246½ P.
4% Neustadt-Dürkheimer	99 P.	Span. Cr. b. Pereire 90% „	— —
4½% Pf. Max-Esb.-A. b. R.	105⅞ G.	4½% Bayer. Ostb. 50% „	111¼ P.
4½% Bayer. Ostbahn-Aktien	111¼ P.	3% Deutsch. Phönix 20% „	152 P.
4% Hess. Ludwigsbahn	123¼ G.	Frkf. Rückvers.-G. 10% „	106 P.
Friedr.-Wilh.-Nordb.-Aktien	— —	4% Frkf. Provident. 20% „	90¼ P.
4½% Frankf. Han. Prior.-O.	— —	Frkf. Hypothekenb. 25% „	— —

Gold und Silber.

Pistolen	fl.	9 39 -40
Preuß. Frd'or.	„	9 56½-57½
Holl. fl. 10 St.	„	9 49 -50
Rand-Ducat.	„	5 33 -34
20-Frankenst.	„	9 25½-26½
Engl. Sover.	„	11 48 -52
Russ. Imper.	„	9 41 -43
Gold pr. Zpfd.	„	803 -808
5-Frank.-Thl.	„	— —
Alte österr. 20r.	„	30 24 G.
Rand-20r.	„	30 12 G.
Hh. Silb. p. Zpfd.	„	52 15-45
Preuß. Cassch.	„	1 45 -45⅛
Doll. in Gold	„	2 26½-27½

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

(Mit einer Beilage.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg